



## **Kommunikations-Kampagne zum Schwerpunktthema „Nachhaltige Landwirtschaft“: Abschlussbericht zum Dialog-Forum**

### **1. Einleitung**

Am 2. Februar 2017 wurde die Schwerpunktkampagne „Gut zur Umwelt. Gesund für alle“ zum Thema Nachhaltige Landwirtschaft gestartet. Sie hat innerhalb weniger Tage eine große Reichweite erzielt und ein überregionales Presseecho erzeugt. Im Zuge dessen wurde eine öffentliche Debatte über die derzeitige Agrarpolitik und Situation der Landwirtschaft in Deutschland angestoßen, die teilweise sehr kontrovers geführt wurde. Nach Kritik an der Aufmachung der Kampagne wurde entschieden, die Motive „Bauernregeln“ nicht mehr einzusetzen und die entstandene Aufmerksamkeit für einen konstruktiven Austausch zu nutzen – mit Landwirten, Verbrauchern, Umwelt- und Naturschützern.

Dazu hat Bundesumweltministerin Hendricks zu einem breiten „Dialog Landwirtschaft“ zur Ausgestaltung einer nachhaltigeren Landwirtschaft bzw. Landwirtschaftspolitik aufgerufen. Neben den Anpassungen der Kampagnen-Motive und entsprechenden Dialog-Angeboten auf den Social-Media-Kanälen des BMUB wurde zu diesem Zweck im Zeitraum vom 13. Februar bis zum 8. März 2017 auf der Kampagnen-Website [www.bmub.bund.de/dialog-landwirtschaft](http://www.bmub.bund.de/dialog-landwirtschaft) ein Dialog-Forum eingerichtet.

Auf dieser Plattform hatten interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich an einer Debatte über eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu beteiligen sowie ihre Vorschläge und Ideen zur Verbesserung der derzeitigen Agrarpolitik einzubringen.

Dazu wurden konkrete Fragestellungen in fünf Rubriken entwickelt:

1. Wie hilft Agrarförderung sowohl Landwirten als auch der Umwelt? (Agrarförderung)
2. Wie erhalten wir Artenvielfalt in Feld und Flur? (Artenvielfalt)
3. Wie können wir unser Wasser und unseren Boden schützen? (Wasser/Boden)
4. Was können Verbraucher und Verbraucherinnen tun? (Verbraucher)
5. Was macht den ländlichen Raum lebenswert? (ländlicher Raum)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden auf der Website darüber informiert, dass ihre Beiträge in die Erarbeitung der Positionen des BMUB zur zukünftigen Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik mit einfließen.

Neben diesem Dialog-Angebot wurden die Forumsteilnehmer dazu angeregt, sich auch direkt bei der Online-Befragung der EU-Kommission zur künftigen Ausgestaltung der Agrarpolitik nach 2020 zu beteiligen.

## 2. Bewertung des Dialog-Forums aus Sicht des BMUB

Das Dialog-Forum Landwirtschaft wurde sehr intensiv von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt, was die große Bedeutung eines gesamtgesellschaftlichen Austauschs zu diesen Themen aufzeigt und verdeutlicht, dass **quer durch die Bevölkerung ein erhöhter Diskussionsbedarf** besteht. Insgesamt kann festgehalten werden, dass der **Austausch im Online-Dialog-Forum einen vornehmlich sachlichen Ton** aufwies. Bis auf wenige User-Kommentare, die Werbung, unsachliche oder beleidigende Äußerungen enthielten, wurden alle Beiträge freigeschaltet.

### Übersicht: Anzahl der Forums-Beiträge in den einzelnen Rubriken

Kategorie	User-Beiträge	BMUB-Beiträge	Insgesamt
Agrarförderung	478	41	519
Artenvielfalt	271	21	292
Verbraucher	228	14	242
Wasser/Boden	259	17	276
Ländlicher Raum	169	8	177
	1405	101	<b>1506</b>

(Stand: 09.03.2017, 13:41 Uhr)

Insgesamt sind 1.405 Beiträge im Forum eingegangen (Stand 6.3.2017, 09:15 Uhr).

In vielen Beiträgen zeigte sich aber auch, dass es in den vergangenen Jahren zu einer sehr starken Frontenbildung gekommen ist und die **Diskussion über die Landwirtschaft teilweise**

**ideologisch geprägt** geführt wird. Ein konsequenter und anhaltender Informationsaustausch wäre notwendig, um die bestehenden Vorurteile und Missverständnisse abzubauen.

In den Beiträgen wurden **zahlreiche Anregungen und Vorschläge gemacht, wie die Landwirtschaft als Ganzes und die Agrarpolitik im Speziellen künftig ausgestaltet** sein sollte. Eine der am häufigsten gestellten Forderungen war dabei, dass die ersten Hektare eines landwirtschaftlichen Betriebs stärker gefördert werden sollten, damit kleine und mittlere Betriebe auch zukünftig noch erfolgreich wirtschaften könnten. In vielen Beiträgen wurde beschrieben, dass der Erhalt von diesen Betrieben für die Attraktivität des ländlichen Raums ein wesentliches Element sei. Weitere, sehr häufig aufgeführte Punkte waren zudem die Forderung nach einer flächengebundeneren Tierhaltung, die Problematik der niedrigen Lebensmittelpreise für die Landwirte und das Verbraucherverhalten insgesamt.

**Neben vielen konstruktiven Anregungen und Lösungsvorschlägen** und auch Lob an das BMUB für die Möglichkeit der Diskussion, wurde das Forum aber natürlich auch für zahlreiche **kritische Anmerkungen** genutzt. Hier beschrieben Landwirte und Landwirtinnen u.a. den sehr hohen bürokratischen Aufwand gerade für kleine und mittlere Betriebe und kritisierten die häufigen Kontrollen von vielen unterschiedlichen Einrichtungen. Außerdem gab es Forderungen, dass es für den zusätzlichen Aufwand für Natur- und Artenschutz höhere Ausgleichszahlungen geben müsse. Kritik wurde zudem auch an das BMUB selber gerichtet, dem in vielen Beiträgen vorgeworfen wurde, dass es außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs agiere und eine sehr einseitige Informationspolitik betreibe. Trotz aller Kritik war jedoch im Forum grundsätzliches Verständnis für die Notwendigkeit des Natur- und Artenschutzes unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erkennbar.

Sinnvolle Anregungen von Seiten der Bürgerinnen und Bürger waren zu erkennen, in den Forderungen nach weniger Bürokratie, flexibleren Förderprogrammen sowie dem Wunsch nach einer besseren Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik.

### 3. Erkennbare Schwerpunkte, Tendenzen und Forderungen in den Beiträgen

#### 3.1 Rubrik „Agrarförderung“

Inhaltlich ließen sich in den Beiträgen in der Rubrik „Agrarförderung“ folgende Themen ausmachen: Direktzahlungen, Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Förderung des Öko-Landbaus, Förderung der Bio-Energie, Produktionsaspekte bezogen auf den Weltmarkt, Tierwohl, Direktvermarktung/Regionale Produkte, Preisdiskussion, Probleme für kleine und mittlere Betriebe, Bürokratieabbau, Kontrollen, stärkere Förderung der ersten Hektare, Förderung von Umweltleistungen, allgemeine Kritik am Fördersystem und Vorschläge zur Verbesserung.

Die Beiträge zur **Umgestaltung der aktuellen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** gingen erwartungsgemäß weit auseinander. Die Forderungen gingen von einer Abschaffung der ersten Säule und einer kompletten Umverteilung der Mittel auf die zweite Säule, über eine Stärkung der zweiten Säule bis hin zum vollen Erhalt der ersten Säule, um die Produktion zu erhöhen und die Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Dies war dann allerdings häufig mit der Forderung verbunden, dass zusätzliche Mittel für Umwelt- und Naturschutz aus Ausgleichs- und Strafzahlungen für z.B. Flächenversiegelung und CO<sup>2</sup>-Ausstoß bereitgestellt werden müssten.

Bezüglich der Neuausrichtung der GAP wurde allerdings auch in einigen Beiträgen gefordert, dass zunächst einmal grundlegende Fragen geklärt werden sollten. Dies waren u.a. Fragen wie: Wo soll die Landwirtschaft in fünf bis zehn Jahren stehen, soll es weiterhin Betriebe mit 100 bis 200 Hektar geben oder ist es wichtig, möglichst günstige Produkte zu liefern? Einige Beiträge gingen zudem auch in die Richtung, dass es auf der einen Seite Flächen für eine intensive landwirtschaftliche Produktion geben sollte und auf der anderen Seite Flächen gezielt für den Naturschutz aus der Produktion genommen werden sollten.

Zur spezifischen Ausrichtung der Agrarförderung gab es zahlreiche Beiträge. Folgende Schwerpunkte konnten hierbei identifiziert werden:

**Verstärkte Förderung des Ökolandbaus:** In diesem Zusammenhang wurden Forderungen formuliert wie: ökologische Landwirtschaft als Standard definieren, Maximalgröße für Betriebe festsetzen, bessere Förderung der Umstellung auf Ökolandbau, Kopplung der Förderung an die zur Verfügung stehende Weidefläche pro Großvieheinheit (GV). Aber auch von konventionell wirtschaftenden Landwirten wurde beschrieben, dass auch ohne ein Biosiegel Tiere artgerecht gehalten werden könnten und auf Antibiotikaeinsatz verzichtet werden könne – wofür es dann aber auch eine Förderung geben sollte.

**Förderung von Umweltleistungen:** Hier wurde u.a. vorgeschlagen, dass nur die Landwirte Förderung erhalten sollten, die weniger Düngemittel und Pflanzenschutzmittel einsetzen und einen Teil der Flächen brach liegen lassen. Auch wurde in zahlreichen Beiträgen die Förderung nach dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ erhoben und dass es eine Förderung der Landwirtschaft nur für Maßnahmen geben solle, die nachweislich dem Arten/Biotop-, Gewässer-, Grundwasser- und Bodenschutz zu Gute kämen. Die Förderpolitik solle nicht der quantitativen Produktion dienen, sondern die Umweltleistung der Landwirtschaft belohnen. Auswirkungen auf die Umwelt sollten das Hauptkriterium für die Agrarförderung sein und Leistungen für das Gemeinwohl sollten das größte Fördervolumen erhalten.

**Förderung von mehr Tierwohl:** Hier gab es die Forderung nach einem Tierschutzgesetz zur Unterbindung intensiver Tierhaltung. Außerdem solle das Tierwohl als ein wichtiges Kriterium der Produktion von tierischen Lebensmitteln dienen. Konkret wurde u.a. gefordert, dass Anbindehaltung und Vollspaltenböden verboten würden, nur noch Strohaufstallung erlaubt sein solle und es mehr unabhängige und nicht angekündigte Kontrollen in Schlachtbetrieben und bei Milchhöfen geben solle.

**Stärkere Förderung der ersten Hektare:** In sehr vielen Beiträgen wurde vorgeschlagen, dass kleinere Betriebe stärker gefördert werden müssten, damit Familienbetriebe und Nebenerwerbsbetriebe erhalten blieben. Dies könnte über die Einführung eines Degressivfaktors bei der Flächenförderung durchgesetzt werden, oder aber dadurch, dass es für Großbetriebe eine Kappungsgrenze gebe. Generell sollten die ersten Hektare stärker gefördert werden. Es wurde auch in einigen Beiträgen auf die Probleme von kleinen und mittleren Betrieben eingegangen.

**Förderung als Ausgleichszahlung:** In diesem Zusammenhang wurde in zahlreichen Beiträgen aber auch geschrieben, dass die Fördergelder als Ausgleich für die höheren ökologischen Standards in Deutschland anzusehen seien, damit die Landwirtschaft sich auf

dem Weltmarkt behaupten könne. Die Förderung wird in diesen Beiträgen als Entschädigung für Auflagen im Pflanzenschutz, der Düngung und für den bürokratischen Aufwand gesehen, die Landwirte in anderen Teilen der Welt nicht erfüllen müssten. Demnach hätten deutsche und europäische Landwirte hier große wirtschaftliche Nachteile.

Neben den Beiträgen, in denen die Notwendigkeit der Agrarförderung betont wurde, gab es aber auch viele Stimmen, die Kritik geäußert haben. Dabei wurde in vielen Beiträgen eine generelle Kritik am Agrarförderungssystem deutlich und von zahlreichen Personen wurde eine prinzipielle Abschaffung der Agrarförderung gefordert. Kritisiert wurde auch, dass sich das BMUB um Themen kümmere, die nach Ansicht der Beitragenden eigentlich in den Aufgabenbereich des BMEL fielen. Ein weiterer häufig vorgetragener Kritikpunkt bezog sich auf den hohen bürokratischen Aufwand für Landwirte und Landwirtinnen, durch den kleinere und mittlere Betriebe wesentlich stärker betroffen seien als große Betriebe. Ein weiterer Kritikpunkt waren die vielen Kontrollen, die zwischen den einzelnen Stellen nicht abgestimmt und belastend für kleine Betriebe seien.

In den Beiträgen wurden zahlreiche weitere Vorschläge dazu gemacht, was gefördert, verboten oder unterstützt werden solle. Eine Auflistung dieser Vorschläge ist am Ende des Berichts zu finden.

### **3.2 Rubrik „Artenvielfalt“**

Bei den inhaltlichen Beiträgen in der Rubrik „Artenvielfalt“ lag der Schwerpunkt deutlich auf dem **Schutz der Artenvielfalt** und den dazu notwendigen Maßnahmen und Förderprogrammen. Als Synonym für die Artenvielfalt wurden meist Feldvögel (z.B. die Feldlerche) angegeben, zum Teil jedoch auch Insekten. Inhaltliche Tendenz der Beiträge war meist eine grundsätzlich positive Einstellung zum Schutz der Artenvielfalt aber deutliche Kritik an der Umsetzung und vor allem der Bürokratie.

Häufigste Forderungen waren daher auch diejenigen nach dem Abbau der Bürokratie sowie nach einem höheren finanziellen Ausgleich. Auch flexiblere bzw. kleinere Förderprogramme wurden vorgeschlagen sowie eine bessere Zusammenarbeit von Politik und Landwirtschaft.

Weitere Schwerpunkte waren das **Greening** der EU-Agrarpolitik sowie der **Flächenentzug bzw. der Flächenverbrauch** durch Versiegelung und Bauprojekte und die dafür notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Beim Greening wurde erneut der hohe Aufwand für

bürokratische Auflagen und Vorgaben bemängelt. Kritikpunkt beim Flächenentzug war überwiegend die Auffassung, dass die Landwirtschaft hier doppelt vom Flächenverlust betroffen sei: erstens von der Baumaßnahme selbst und zweitens von den danach nötigen Ausgleichs- und Ersatzflächen.

Wirklich sinnvolle und umsetzbare oder gar neue Forderungen gab es zu diesen Themen nicht, überwiegend wurde Kritik an der gegenwärtigen Situation geübt.

### **3.3 Rubrik „Verbraucher“**

In den Beiträgen des Dialog-Forums zur **Rolle des Verbrauchers** wurde klar, dass die Teilnehmer in der aktuellen Diskussion zur Zukunft der Landwirtschaft nicht nur den Landwirten sondern insbesondere auch den Verbrauchern und der Politik eine entscheidende Rolle zuschreiben.

So wurde vielfach angemerkt und diskutiert, dass der Verbraucher vor allem beim Kauf von Lebensmitteln einen großen Handlungsspielraum habe. Die nachhaltige (=ökonomisch, ökologisch und sozial gerechte) Produktion von Lebensmitteln verursache dem Landwirt höhere Kosten. Diese Kosten könne der Landwirt nicht allein tragen, sondern müsse insbesondere durch den Konsumenten an der Ladentheke mitgetragen werden. Der Kauf von billigen Lebensmitteln zeige eine mangelnde Wertschätzung der Landwirtschaft und bedinge die scheinbar kosteneffiziente, teils nicht nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln.

Damit der Konsument auch die richtige Konsumententscheidung treffen könne, müsse der Bezug zur Landwirtschaft wiederhergestellt werden. Häufig fehle es an objektiven Kenntnissen über die landwirtschaftliche Produktion sowie das Leben und die Arbeitsweisen der Landwirte. Der Bezug könne nur durch eine **gestärkte Öffentlichkeitsarbeit der Landwirtschaft** erreicht werden. Als mögliche Option wurden Bildungselemente mit praktischen Erfahrungen (Hofbesuche/Tag der offenen Tür) diskutiert. Der direkte Kontakt der Gesellschaft zur Landwirtschaft spiele eine besonders wichtige Rolle, da das Unverständnis gegenüber der Landwirtschaft häufig auf Unwissenheit zurückzuführen sei.

Zur Unterstützung des Verbrauchers bei seiner Konsumententscheidung wurde weiterhin die **Kennzeichnung von Lebensmitteln diskutiert**. So würde beim Einkauf schon sichtbar, inwieweit das Produkt ökologisch, regional, saisonal oder tiergerecht erzeugt wurde. Besonders häufig wurde die Kennzeichnung gemäß des Systems für Eier vorgeschlagen (0 = Bio, 1 = Freiland, 2 = Bodenhaltung, 3 = Käfighaltung), angepasst an andere Lebensmittel. Auch der Umgang mit Lebensmitteln müsse sich laut Foren-Teilnehmern verbessern. Die

**Verschwendung von Lebensmitteln** müsse aufhören und es gelte, auf Qualität statt auf Quantität zu setzen.

Auch die **Politik sei auf unterschiedliche Weisen gefordert**. Das BMUB könne z.B. in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium Bildungseinheiten an Schulen einführen und praktische Einblicke in die Landwirtschaft fördern. Auch die Förderung tiergerechter Haltung durch die Besteuerung tierischer Lebensmittel wurde diskutiert. Zudem besäße der **Lebensmitteleinzelhandel eine enorme Machtposition**. Die Rolle der Landwirtschaft müsse gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel gestärkt werden, um so mehr Handlungsspielraum für tiergerechte und ökologische Produktion zu erzielen. An den BMUB Bauernregeln wurde Kritik geübt. So hätte bei besserer Ressortabstimmung eine fachlich tiefergreifendere und treffendere Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden können.

Einige Landwirte fühlten sich und ihren Berufsstand durch die Bauernregeln verunglimpft. Das BMUB solle daher nicht weiter an den Bauernregeln – auch nicht in abgeschwächter Form – festhalten, da diese (teilweise) Unwahrheiten verbreiten würden. Zudem müsse das BMUB der Gesellschaft vermitteln, dass die **deutsche Landwirtschaft** – nach Meinung einiger Beteiligter des Dialog-Forums – **besonders nachhaltig** sei und strengen Regelungen und deren Vollzug unterläge. Auch im ausländischen Vergleich stehe Deutschland besonders gut da und es müsse vermittelt werden, dass der deutschen Landwirtschaft vertraut werden könne. Auch die Qualität günstiger Nahrungsmittel aus Deutschland wäre grundsätzlich sehr hoch.

### **3.4 Rubrik „Wasser/Boden“**

Die Beiträge im Dialog-Forum zum Themenkomplex „Wasser/Boden“ umfassen den gesamten Bereich der landwirtschaftlichen Produktion von Tierhaltung, Bodenbearbeitung, Düngung und Pflanzenschutzmaßnahmen. Daneben zielten aber auch sehr viele Beiträge auf eine Kritik an dem für den Nitratbericht verwendeten Messnetz für Nitratkonzentrationen im Grundwasser ab. In einigen Beiträgen wurde dazu auch darauf hingewiesen, dass hohe Nitratkonzentrationen im Grundwasser nicht immer zwingend mit hohen Viehbesatzdichten korrelierten und dies auch offen diskutiert werden sollte.

Im Bereich Tierhaltung wurde in sehr vielen Beiträgen eine **flächengebundene Tierhaltung gefordert** bzw. eine Obergrenze für den Viehbesatz pro Fläche (z.B. 2 GVE/ha), damit nicht mehr organische Düngemittel entstünden als auf den zur Verfügung stehenden Flächen aufgebracht werden könnten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Wirtschaftsdüngerverbringung stark kritisiert und die Entstehung von immer mehr Güllebörsen als Schritt in die falsche Richtung bezeichnet.



Als bestes **Mittel für einen effektiven Bodenschutz** wurde in den Beiträgen die **minimale bzw. reduzierte Bodenbearbeitung** genannt. Hierfür sollten Techniken zur Minimalbodenbearbeitung und zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit vermehrt gefördert werden. Außerdem wurde vorgeschlagen, Bodenschutzprogramme aufzulegen und die zunehmende Flächenversiegelung so schnell wie möglich zu stoppen. Dies könne beispielsweise über eine direkte räumliche Kopplung von Ausgleichsmaßnahmen an Bauprojekte erfolgen. In einem Beitrag wurde zudem der direkte Zusammenhang zwischen Umwelt- bzw. Naturschutz und Bodenschutz benannt. Denn nur wenn genug landwirtschaftliche Fläche zur Verfügung stünde, könne auch umweltgerecht Landwirtschaft betrieben werden. Explizit wurde in einem anderen Beitrag auch die fehlende Konkretisierung der guten fachlichen Praxis bei der landwirtschaftlichen Bodennutzung angesprochen und die sehr unbestimmte Ausgestaltung des Paragraph 17 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG). Gefordert wurde, diese Thematik in die laufende Novelle der Bodenschutzverordnung mit aufzunehmen.

Viele Foren-Teilnehmer äußerten sich zur Düngung bzw. zum Düngerecht. Dabei wurde vermehrt die **standortangepasste und bedarfsgerechte Düngung hervorgehoben** und mehrmals betont, dass für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit die Düngung essentiell sei. Es wurden aber auch die Probleme des übermäßigen Düngemitelesinsatzes angesprochen und in dem Zusammenhang auch Instrumente wie eine Steuer auf N-Düngemittel genannt, oder vorgeschlagen, dass Dünge- und Pflanzenschutzmittel nur noch "auf Rezept" nach vorhergehender Beratung vor Ort erworben werden könnten. Der Bedarf nach einer **verstärkten Förderung von innovativen Düngetechniken** wurde daneben auch sehr deutlich geäußert. Speziell zur organischen Düngung wurde vorgeschlagen, dass Wirtschaftsdünger noch stärker als Substrat in Biogasanlagen Verwendung finden sollten und die Düngung mit organischen Düngemitteln in Regionen mit hohen Nitratgehalten im Grundwasser stark eingeschränkt werden sollte. In einigen Beiträgen wurde zudem auch ein Verbot von Wirtschaftsdüngerimporten aus den Niederlanden gefordert.

Die Beiträge zum Thema Pflanzenschutzmittel zielten fast alle auf die **Notwendigkeit der Glyphosatanwendung bei reduzierter Bodenbearbeitung** ab. Hierzu wurde aufgeführt, dass die Toxizität von Glyphosat nicht erwiesen sei und man dieses Breitbandherbizid nicht komplett verbieten dürfe. Allerdings wurde auch deutlich, dass die sich zu Wort meldenden Landwirte und Landwirtinnen keine Alternative zum Glyphosateinsatz sehen und auch nicht bereit sind, alternative pfluglose Bodenbearbeitungsverfahren auszuprobieren. Häufig wurde geschrieben, dass es nur die Wahl zwischen reduzierter Bodenbearbeitung mit Glyphosateinsatz und dem Pflug gebe.

Weitere Vorschläge im Bereich Wasser/Boden waren: Stoffströme müssten systematisch erfasst werden; über ein neues Bodenmonitoring sollten Böden in Bezug auf deren landwirtschaftliche Eignung und deren Zustand bewertet werden; für alle Verunreinigungen natürlicher Ressourcen müsse das Verursacherprinzip greifen; Grenzwerte für Schweinemastanlagen sollten verschärft werden, um große Anlagen zu verhindern; die EU sollte ihren Eiweißbedarf aus eigener Produktion decken.

### 3.5 Rubrik „ländlicher Raum“

In den Beiträgen im Bereich „Ländlicher Raum“ wurden hauptsächlich die Schwierigkeiten von kleinen Betrieben betont, die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft diskutiert, baurechtliche Anliegen vorgebracht und der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum als ein zentrales Element der Förderpolitik dargestellt.

Zu den Schwierigkeiten von kleinen Betrieben wurde zwar auch in den anderen Bereichen des Forums Stellung genommen, im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum wurde aber vor allem der **Strukturwandel als ein zentrales Problem** immer wieder genannt. Der Begriff „Höfesterben“ wurde häufig verwendet und auch, dass es zunehmend unattraktiver werde auf dem Land zu wohnen, wenn es keine Familienbetriebe mehr gebe. Als Lösungsvorschlag wurde dann auch hier immer wieder genannt, dass die ersten Hektare wesentlich stärker gefördert werden sollten.

Die Einstellung der Gesellschaft zur Landwirtschaft wurde in diesem Teil des Forums immer wieder diskutiert. Problematisch wird z.B. bewertet, dass in Neubaugebieten am Rande von Ballungsgebieten die Landwirte und Landwirtinnen zunehmend als störend empfunden werden und dass kein Verständnis für landwirtschaftliche Produktionsabläufe vorhanden ist. Gefordert wurde deshalb, dass die Gesellschaft durch verstärkte Bildungsinitiativen, wieder einen besseren Bezug zur Landwirtschaft bekommen müsse.

Baurechtliche Anliegen, die in dem Forum vorgebracht wurden, betrafen überwiegend die Regelung zum Stallneubau. Hier wurde u.a. gefordert, dass die Förderung von Stallneubauten komplett eingestellt werden solle, aber auch, dass bei baulichen Maßnahmen die dem Tierwohl dienen, Erleichterungen bei den einzuhaltenden Emissionsgrenzwerten gegeben werden sollten. Hier wurde aber auch der Vorschlag des BMUB, die Privilegierung im Außenbereich von Tiermastanlagen ab einer festzulegenden Größenordnung aufzuheben, für sinnvoll erklärt. Andere Beiträge zum Baurecht zielten darauf ab, dass in ländlichen Regionen wesentlich stärkere Auflagen geschaffen werden sollten, um eine Zersiedelung der Landschaft zu verhindern und ländliche Strukturen zu erhalten.

Dem Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum wurde in vielen Beiträgen eine sehr hohe Bedeutung beigemessen. Da die Landwirtschaft prägend für die Kulturlandschaft sei, müssten Arbeitsplätze in der Landwirtschaft selber und in deren vor- und nachgelagerten Bereichen zwingend gesichert werden. In den Beiträgen wird deutlich, dass nur so ein Leben auf dem Land noch möglich ist. Bei der Förderung des ländlichen Raumes wurde aber auch geschrieben, dass für jede Region angepasste Lösungswege entwickelt werden müssten. Durch eine verstärkte Förderung von Junglandwirten, die in der Region eingebettet sind, sollten außerdem Anreize zur Hofübernahme geschaffen werden.